

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

EXTREMISMUS

25.09.2014

„Mit dem Aktionstag am vergangenen Freitag hat die muslimische Glaubensgemeinschaft ein kraftvolles Zeichen gesetzt:? So stellt die breite Beteiligung der größten muslimischen Dach- bzw. Glaubensorganisationen an dem Aktionstag sowie an den Kundgebungen in sieben Städten ein deutliches Signal sowohl nach innen, also in die muslimischen Glaubensgemeinschaften, wie auch nach außen, in unsere gemeinsame Zivilgesellschaft in Deutschland, dar. ? Wir haben als FDP-Fraktion in Debatten der vergangenen Monate stets deutlich gemacht: Wir sind der festen Überzeugung, dass die weit überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime und der deutschen Muslime fest auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen und dass sie Gemeinsamkeiten zu religiösen Extremisten weder haben, noch solche suchen“, erklärte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH.

Weiter erklärte Greilich:

„Wenn der Leiter des Landesverbandes Hamburg der Ditib, Zekeriya Altug, von einer Deutungshoheit des Islams durch Extremisten, die ihnen die Mehrheit der friedliebenden Muslime in Deutschland wieder entreißen müsse, spricht, sendet er eine ? klare Botschaft an die jungen Muslime, die von vermeintlichen geistlichen Führern wie Pierre Vogel auf den Irrweg gelotst und dann in Krisengebiete im Irak oder Syrien direkt ins Verderben geschickt werden. Wir unterstützen ein solches Engagement der muslimischen Gemeinde gegen extremistische Strömungen ausdrücklich – und wir fühlen uns bestärkt darin, dass der von uns eingebrachte Antrag auf eine umfassende Anhörung des Landtages zum Thema „Salafismus“, der insbesondere auch die islamischen Religionsgemeinschaften in Deutschland einbindet, der richtige Schritt ist. Ich freue mich, dass unser Antrag beschlossen wurde und wir mit den anderen Fraktionen auch schon die Termine für die Anhörung im Januar 2015 festlegen konnten.“

Gerade in den letzten Tagen haben die Meldungen zur Gefährlichkeit und den Gräueltaten der Extremisten noch einmal eine neue Qualität erreicht: Bereits gegen 50 ausgereiste Personen aus Hessen wird strafrechtlich ermittelt. Zudem wurden fünf Selbstmordattentate im Irak und Syrien belegbar durch Deutsche durchgeführt – die Dunkelziffer ist immens. Deshalb darf niemand mehr wegsehen. Unseren Teil in Hessen müssen wir durch einen breiten gesellschaftlichen wie politischen Diskurs, konsequentes Handeln der Sicherheitsbehörden und dem Ausbau der Präventionsarbeit leisten.? Wir müssen gegen Terroristen mit aller Konsequenz vorgehen und den Rechtsstaat verteidigen?.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de
